

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 20. Dezember 1994 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Estland über die Seeschifffahrt

A. Zielsetzung

Nach der Unabhängigkeitserklärung der Republik Estland vom 20. August 1991 waren auch die Seeschiffahrtsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Estland neu zu regeln. Das Abkommen ist Grundlage für eine positive Entwicklung in der Seeschifffahrt zwischen beiden Ländern.

B. Lösung

Mit dem am 20. Dezember 1994 unterzeichneten Abkommen werden die für den Seeverkehr zwischen beiden Ländern notwendigen ordnungspolitischen und technischen Regelungen auf der Grundlage der Dienstleistungsfreiheit und der Inländergleichbehandlung geschaffen.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Das Vorhaben wirkt sich weder auf die Einzelpreise noch auf das Preisniveau, insbesondere nicht auf das Verbraucherpreisniveau aus, da das Abkommen neben Fragen techni-

Fristablauf: 22. 09. 95

scher Art der Abwicklung und der Nutzung sowie der Rechtsgewährung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit, nur die Art und Weise der Verwendung von Einnahmen in konvertierbarer Währung aus Dienstleistungen der Seeschifffahrt – nicht aber deren Höhe – regelt; zusätzliche Anforderungen werden nicht gestellt.

11. 08. 95

VP – In – U

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 20. Dezember 1994
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Estland
über die Seeschifffahrt

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (323) – 941 00 – Se 51/95

Bonn, den 11. August 1995

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von
der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 20. Dezember 1994
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regie-
rung der Republik Estland über die Seeschifffahrt

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr.

Dr. Helmut Kohl

Fristablauf: 22. 09. 95

Entwurf**Gesetz****zu dem Abkommen vom 20. Dezember 1994
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Estland
über die Seeschifffahrt****Vom**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Tallinn am 20. Dezember 1994 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Estland über die Seeschifffahrt wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 16 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz**Zu Artikel 1**

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Vertragsgesetz in Verbindung mit Artikel 12 Abs. 3 des Abkommens auch das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem das Abkommen nach seinem Artikel 16 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Das Vorhaben wirkt sich weder auf die Einzelpreise noch auf das Preisniveau, insbesondere nicht auf das Verbraucherpreisniveau aus, da das Abkommen neben Fragen technischer Art der Abwicklung und der Nutzung sowie der Rechtsgewährung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit, nur die Art und Weise der Verwendung von Einnahmen in konvertierbarer Währung aus Dienstleistungen der Seeschifffahrt – nicht aber deren Höhe – regelt; zusätzliche Anforderungen werden nicht gestellt.

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Estland
über die Seeschifffahrt**

**Saksamaa Liitvabariigi Valitsuse
ja Eesti Vabariigi Valitsuse vaheline
kaubandusliku meresõidu alane kokkulepe**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Estland –

Saksamaa Liitvabariigi Valitsus
ja
Eesti Vabariigi Valitsus –

in dem Wunsch, die harmonische Entwicklung der Seeschiff-fahrtsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Estland, die sich auf das beiderseitige Interesse dieser Länder und die Freiheit ihres Außenhandels gründen, zu gewährleisten und die internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet soweit wie möglich zu verstärken,

in der Erkenntnis, daß der bilaterale Warenaustausch von einem wirksamen Dienstleistungsaustausch begleitet werden soll –

sind wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1
Begriffsbestimmungen**

In diesem Abkommen bezeichnen

1. der Ausdruck „zuständige Seeschiffahrtsbehörde“
 - a) in der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium für Verkehr und die ihm nachgeordneten Behörden,
 - b) in der Republik Estland das Ministerium für Verkehr und Kommunikation und die ihm nachgeordneten Behörden;
2. der Ausdruck „Schiff einer Vertragspartei“ jedes Schiff, das nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei ihre Flagge führt und gemäß ihren Gesetzen in ein Register eingetragen ist. Dieser Ausdruck umfaßt nicht Kriegsschiffe und Fischerfahrzeuge. Im Hinblick auf die Anwendung der Artikel 2, 5, 8, 9, 10, 12, 13, 14 und 15 gilt als „Schiff einer Vertragspartei“ auch jedes Schiff unter der Flagge eines dritten Staates, das von einem Seeschiffahrtsunternehmen einer der Vertragsparteien eingesetzt wird;
3. der Ausdruck „Seeschiffahrtsunternehmen einer Vertragspartei“ ein Seeschiffe einsetzendes Beförderungsunternehmen, das seinen Firmensitz im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei hat und von ihr nach Maßgabe ihrer Rechtsvorschriften als „Seeschiffahrtsunternehmen“ anerkannt ist;
4. der Ausdruck „Besatzungsmitglied“ den Kapitän und jede Person, die während der Reise Aufgaben oder Dienste an Bord wahrzunehmen hat und deren Name in der Musterrolle des Schiffes aufgeführt ist.

**Artikel 2
Freiheit des Verkehrs**

(1) Die Vertragsparteien kommen überein, die Entwicklung des Seeverkehrs zwischen ihren beiden Ländern zu fördern. Sie werden sich jeglicher Maßnahmen enthalten, die dem ungehinderten internationalen Seeverkehr sowie der uneingeschränkten Beteili-

soovides kindlustada mõlemapoolsel huvitatusel ja väliskaubanduse vabadusel põhinevate kaubandusliku meresõidu alaste suhete harmoonilist arengut Saksamaa Liitvabariigi ja Eesti Vabariigi vahel ning maksimaalselt tugevdada rahvusvahelist koostööd sellel alal,

veendumuses, et kahepoolse kaubavahetusega peab kaasnema tõhus teenuste vahetamine –

leppisid kokku alljärgnevas:

**Artikkel 1
Mõistete määratlemine**

Käesolevas kokkuleppes tähistavad:

1. mõiste „kompetentne meretranspordiametkond“
 - a) Saksamaa Liitvabariigis Transpordiministeeriumi ning sellele alluvaid ametkondi,
 - b) Eesti Vabariigis Teede-ja Sideministeeriumi ning sellele alluvaid ametkondi;
2. mõiste „ühe lepingupoolse laev“ iga laeva, mis vastavalt antud lepingupoolse õiguslikele ettekirjutustele sõidab tema lipu all ja on tema seaduste kohaselt kantud laevaregistrisse. See mõiste ei hõlma sõjalaeva ja kalapüügialuseid. Silmas pidades artiklite 2, 5, 8, 9, 10, 12, 13, 14 ja 15 rakendamist, kuulub mõiste „lepingupoolse laev“ alla ka iga kolmanda riigi lipu all sõitev laev, mida kasutatakse ühe lepingupoolse mõne mere-laevandusettevõtte poolt;
3. mõiste „ühe lepingupoolse merelaevandusettevõtte“ merelaevu kasutavat laevandusettevõtet, mis asub selle lepingupoolse territooriumil ning on vastavalt selle lepingupoolse õiguslikele ettekirjutustele tunnustatud merelaevandusettevõtteks;
4. mõiste „laevapere liige“ kaptenit ja iga isikut, kes täidab reisi ajal laeva pardal reisiga seotud ülesandeid või ametikohustusi ning kelle nimi on sisse kantud laeva musterrolli

**Artikkel 2
Meresõidu vabadus**

(1) Lepingupooled lepidavad kokku kahe riigi vahelise meresõidu edendamises. Nad hoiduvad igasugustest meetmetest, mis võiksid kahjustada takistamatut rahvusvahelist laevaliiklust ning lepingupoolse merelaevandusettevõtte piiranguteta osalemist kahe-

gung der Seeschiffsverkehrsunternehmen der beiden Vertragsparteien an der Beförderung der im Rahmen ihres bilateralen Außenhandels ausgetauschten Güter sowie am Seeverkehr zwischen ihrem jeweiligen Land und Drittländern abträglich sein könnten.

(2) Die Schiffe jeder Vertragspartei sind berechtigt, zwischen den dem internationalen Handelsverkehr geöffneten Häfen der beiden Vertragsparteien zu fahren und Fahrgäste und Güter zwischen den Vertragsparteien sowie zwischen jeder von ihnen und Drittländern zu befördern.

(3) Seeschiffsverkehrsunternehmen aus Drittländern sowie Schiffe unter der Flagge eines Drittstaats können sich ohne Einschränkung an der Beförderung der im Rahmen des bilateralen Außenhandels der Vertragsparteien ausgetauschten Waren beteiligen. Die von Seeschiffsverkehrsunternehmen der Vertragsparteien befrachteten Schiffe genießen dieselben Vergünstigungen, wie wenn sie die Flagge einer Vertragspartei führten.

Artikel 3

Internationale Verpflichtungen

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die Verpflichtungen aus anderen internationalen Übereinkünften, welche die Vertragsparteien geschlossen haben, vor allem aus dem Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 6. April 1974 über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen und im besonderen nicht die Verpflichtungen, die sich für die Bundesrepublik Deutschland aus ihrer Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften ergeben.

(2) Praktische Einzelheiten, die sich aus der Durchführung des Übereinkommens über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen ergeben, sind durch die am bilateralen Verkehr beteiligten Seeschiffsverkehrsunternehmen, die der betreffenden Linienkonferenz angehören, zu regeln.

(3) Beide Vertragsparteien streben an, die einschlägigen internationalen Übereinkünfte über Schiffssicherheit, über die sozialen Bedingungen der Seeleute, über den Transport gefährlicher Güter und über den Meeresschutz zu ratifizieren.

Artikel 4

Nichtdiskriminierung des Seeschiffsverkehrsunternehmens

Beide Vertragsparteien unterlassen im internationalen Seeverkehr diskriminierende Handlungen jeder Art, die zu einer Benachteiligung der Seeschiffsverkehrsinteressen der anderen Vertragspartei führen oder die freie Auswahl der Seeschiffsverkehrsunternehmen entgegen den Grundsätzen des freien Wettbewerbs beeinträchtigen könnten.

Artikel 5

Regelungen in den Häfen und Hoheitsgewässern

(1) Jede Vertragspartei gewährt auf der Grundlage der Gegenseitigkeit in ihren Häfen, Hoheitsgewässern und anderen ihrer Zuständigkeit unterliegenden Gewässern den Schiffen der anderen Vertragspartei die gleiche Behandlung wie ihren eigenen im internationalen Verkehr eingesetzten Schiffen, insbesondere beim Zugang zu den Häfen, Aufenthalt in den Häfen und Verlassen der Häfen, bei der Benutzung der Hafenanlagen für den Güter- und Passagierverkehr sowie beim Zugang zu allen Dienstleistungen und anderen bestehenden Einrichtungen.

(2) Die in Absatz 1 erwähnte Gegenseitigkeit erstreckt sich auch auf das Recht der Seeschiffsverkehrsunternehmen beider Vertragsparteien auf Zugang zur Ausübung und Nutzung von Agenturdienstleistungen entsprechend den Gesetzen, die auf Seiten der jeweiligen Vertragspartei gelten.

Artikel 6

Freier Transfer

Jede Vertragspartei gewährt den Seeschiffsverkehrsunternehmen der anderen Vertragspartei das Recht, Einnahmen aus Dienstleis-

poolsete väliskaubandussidemeente raames vahetatavate kaupade veos ning meresõitu kummagi riigi ja kolmandate riikide vahel.

(2) Lepingupoolte laevadel on õigus sõita lepingupoolte rahvusvaheliseks kaubanduslikuks meresõiduks avatud sadamate vahel ning vedada reisijaid ja kaupu nii lepingupoolte vahel kui ka lepingupoolte ja kolmandate riikide vahel.

(3) Kolmandate riikide merelaevandusettevõtted ning kolmanda riigi lipu all sõitvad laevad võivad piiranguteta osaleda lepingupoolte kahepoolse väliskaubanduse raames vahetatavate kaupade veos. Lepingupoolte merelaevandusettevõtete poolt prahtitud laevadele laienevad samad soodustused, mida omavad ühe lepingupoolte lipu all sõitvad laevad.

Artikkel 3

Rahvusvahelised kohustused

(1) Käesolev leping ei puuduta teistest, lepingupoolte poolt sõlmitud rahvusvahelistest kokkulepetest tulenevaid kohustusi, eelkõige 1974. a. 6. aprilli Liinikonverentside Käitumiskodeksi Konventsioonist tulenevaid kohustusi ning eriti kohustusi, mis tulenevad Saksamaa Liitvabariigile tema liikmeksõlekust Euroopa ühendustes.

(2) Liinikonverentside Käitumiskodeksi Konventsiooni elluviimisest tulenevad praktilised üksikasjad tuleb lahendada rahvusvahelises kahepoolses laevaliikluses osalevate ja vastavate konverentside liikmeks olevate merelaevandusettevõtete vahel.

(3) Lepingupooled taotlevad vastavate, meresõidu ohutust, meremeeste sotsiaalseid tingimusi, ohtlike ainete transporti ja merekeskkonna kaitset käsitlevate rahvusvaheliste konventsioonidega ühinemist.

Artikkel 4

Merelaevandusettevõtte mittediskrimineerimine

Lepingupooled loobuvad igat liiki diskrimineerivast tegevusest rahvusvahelises meresõidus, mis võiks kahjustada teise lepingupoolte kaubandusliku meresõidu alaseid huvisid või piirata vaba konkurentsi põhimõtete vastaselt merelaevandusettevõtete vaba valikut.

Artikkel 5

Eeskirjad sadamates ja territoriaalvetes

(1) Kumbki lepingupool tagab vastastikkuse põhimõtte oma sadamates, territoriaalvetes ja muudes tema võimupädevusse kuuluvates vetes teise lepingupoolte laevadele sama kohtlemise nagu oma rahvusvahelises liikluses osalevatele laevadele, eriti sisenemisel sadamatesse, sadamates viibimisel ja sadamatest lahkumisel, sadamaseadmete kasutamisel kauba- ja reisijateveol, samuti juurdepääsul kõigile sadamateenustele ja muudele olemasolevatele sadamastruktuuridele.

(2) Lõikes 1 nimetatud vastastikkuse põhimõtte laieneb ka mõlema lepingupoolte merelaevandusettevõtete õigusele teostada laevade agenteerimist ja kasutada laevaagentide teenuseid vastavalt antud lepingupoolte kehtivatele seadustele.

Artikkel 6

Maksete vaba ülekandmine

Kumbki lepingupool tagab teise lepingupoolte merelaevandusettevõtetele õiguse kasutada oma võimupiirkonnas teostatud kau-

stungen der Seeschifffahrt im Hoheitsgebiet der ersten Vertragspartei für Zahlungen im Zusammenhang mit der Schifffahrt zu verwenden oder sie in frei konvertierbarer Währung ins Ausland zu transferieren. Der Transfer soll auf der Grundlage des amtlichen Wechselkurses und innerhalb der üblichen Frist vorgenommen werden.

Artikel 7

Vom Anwendungsbereich dieses Abkommens ausgeschlossene Bereiche

Dieses Abkommen berührt nicht die geltenden Rechtsvorschriften der Vertragsparteien über

- das Vorrecht der eigenen Flagge für die nationale Küstenschifffahrt, Bergungs-, Bugsier-, Lots- und andere Dienste, die den eigenen Seeschifffahrts- oder sonstigen Unternehmen sowie Staatsangehörigen vorbehalten sind; es handelt sich jedoch nicht um Küstenschifffahrt, wenn ein Schiff einer Vertragspartei zwischen Häfen der anderen Vertragspartei fährt, um aus einem Drittland beförderte Güter und Fahrgäste zu löschen beziehungsweise auszuschiffen oder Güter und Fahrgäste zur Beförderung in ein Drittland an Bord zu nehmen;
- die Lotsenannahmepflicht für Schiffe;
- Fahrzeuge, die Aufgaben des öffentlichen Dienstes wahrnehmen;
- Meeresforschungsaktivitäten;
- das Vorrecht der Seevermessung in den eigenen Hoheitsgewässern.

Artikel 8

Beachtung der Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet

(1) Die Schiffe jeder Vertragspartei sowie ihre Besatzungen, Fahrgäste und Ladungen unterliegen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei deren geltenden Rechtsvorschriften.

(2) Die Schiffe der Seeschifffahrtsunternehmen jeder Vertragspartei unterliegen, solange sie sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei befinden, deren Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften über das Ein- und Auslaufen der im internationalen Seeverkehr eingesetzten Schiffe in ihr oder aus ihrem Hoheitsgebiet sowie über den Betrieb und die Führung solcher Schiffe.

(3) Fahrgäste, Besatzungsmitglieder und Versender von Gütern müssen die im Hoheitsgebiet jeder Vertragspartei geltenden Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften über Einreise, Aufenthalt und Ausreise der Fahrgäste und Besatzungen sowie Einfuhr, Ausfuhr und Lagerung von Gütern, insbesondere die Vorschriften über Landgangsformalitäten, Einwanderung, Zoll, Steuern und Quarantäne, einhalten.

Artikel 9

Maßnahmen zur Erleichterung des Seeverkehrs

Die Vertragsparteien ergreifen im Rahmen ihrer Gesetze und Hafenordnungen alle erforderlichen Maßnahmen, um die Beförderung auf dem Seeweg zu erleichtern und zu fördern, um unnötige Verlängerungen der Liegezeiten zu vermeiden und die Erledigung der Zoll- und sonstigen in den Häfen zu beachtenden Formalitäten nach Möglichkeit zu beschleunigen und zu vereinfachen sowie den Gebrauch vorhandener, der Entsorgung dienender Einrichtungen zu erleichtern.

Artikel 10

Gegenseitige Anerkennung von Meßbriefen und sonstigen Schiffspapieren

(1) Die von einer Vertragspartei entsprechend den einschlägigen internationalen Übereinkünften ausgestellten anerkannten und an Bord eines Schiffes dieser Vertragspartei befindlichen Schiffspapiere werden auch von der anderen Vertragspartei anerkannt.

Artikel 7

Käesoleva kokkuleppe rakendusalaselt mittekuuluvad valdkonnad

Käesolev kokkulepe ei puuduta lepingupoolte kehtivaid õiguslike ettekirjutusi:

- oma lipu eesõiguse osas kabotaazhvedude, pääste-, pukseerimis-, lootsi- ja muu tegevuse suhtes, mis on reserveeritud oma merelaevandus- või muudele ettevõtetele või oma riigi kodanikele; see ei puuduta aga kabotaazhvedusid, kui ühe lepingupoolte laev sõidab teise lepingupoolte sadamate vahel, et lossida kolmandast riigist pärit kaupu või lasta maale sealt tulevaid reisijaid või võtta pardale kaupu või reisijaid nende veoks kolmandasse riiki;
- laevade kohustuse osas võtta peale loots,
- laevade osas, mis täidavad riiklike funktsioone,
- mereuuringute alase tegevuse osas,
- eesõiguse osas teostada meremõõdistamisi oma territoriaalvetes.

Artikel 8

Teise lepingupoolte õiguslike ettekirjutuste järgmine tema võimupiirkonnas

(1) Lepingupoolte laevad ja laevapereid, reisijad ja laadungid alluvad teise lepingupoolte võimupiirkonnas seal kehtivatele õiguslikele ettekirjutustele.

(2) Lepingupoolte merelaevandusettevõtete laevad alluvad seni, kuni na viibivad teise lepingupoolte võimupiirkonnas, tema seadustele ja muudele õiguslikele ettekirjutustele, mis käsitlevad rahvusvahelises meresõidus osalevate laevade sisenemist tema territoriaalvetesse ja sealt väljumist ning nende laevade ekspluaatimist ja juhtimist.

(3) Reisijad, laevapere liikmed ning kauba saatjad peavad järgima lepingupoolte territooriumil kehtivaid seadusi ja muid õiguslike ettekirjutusi, mis käsitlevad reisijate ja laevapere liikmete siseseõitu, kohalviibimist ja väljaseõitu ning kaupade sisse- ja väljaveidu ning ladustamist, eriti aga neid, mis käsitlevad maabumisformaalsusi, sisserännet, tolli, makse ja karantäni.

Artikel 9

Meetmed meresõidu hõlbustamiseks

Lepingupooled rakendavad oma seaduste ja sadamakorralduse raames kõiki vajalikke meetmeid, et hõlbustada ja edendada meresõitu, vältida seisuaegade mittevajalikku pikenemist ning vastavalt võimalustele kiirendada ja lihtsustada sadamates vajalike tolli- ja muude formaalsuste teostamist ning hõlbustada olemasolevate prügi ja jäätmete eemaldamiseks mõeldud seadmete kasutamist.

Artikel 10

Mõõdukirjade ja muude laevadokumentide vastastikune tunnustamine

(1) Ühe lepingupoolte poolt vastavate rahvusvaheliste kokkulepete kohaselt väljaantud üldtunnustatud ning selle lepingupoolte laeva pardal asuvaid laevadokumente tunnustatakse ka teise lepingupoolte poolt.

(2) Schiffe, die einen amtlich ausgestellten Meßbrief einer Vertragspartei vorweisen, sind von einer erneuten Vermessung in den Häfen der anderen Vertragspartei befreit. Bei der Berechnung der Hafenabgabe werden diese Papiere zugrunde gelegt.

Artikel 11

Reisedokumente für Besatzungsmitglieder

(1) Jede der Vertragsparteien erkennt die von den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei ausgestellten Reisedokumente an und gewährt den Inhabern dieser Dokumente die in Artikel 12 genannten Rechte.

(2) Die Reisedokumente sind für die Bundesrepublik Deutschland der Reisepaß oder das Seefahrtbuch und für die Republik Estland das Seefahrtbuch oder der Seedienstausweis in Verbindung mit einem gültigen Paß.

Artikel 12

Einreise, Durchreise und Aufenthalt von Besatzungsmitgliedern

(1) Jede Vertragspartei gestattet den Besatzungsmitgliedern eines Schiffes der anderen Vertragspartei, die Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Reisedokumente sind, während der Liegezeit des Schiffes in einem ihrer Häfen ohne Aufenthaltsgenehmigung vor der Einreise (Visum) in Übereinstimmung mit den im Aufenthaltsland geltenden einschlägigen Gesetzen und sonstigen Vorschriften an Land zu gehen und sich im Gebiet des Hafenorts aufzuhalten. Erforderlich ist in diesen Fällen

- in der Bundesrepublik Deutschland ein Landgangsausweis,
- in der Republik Estland die in Artikel 11 Absatz 2 genannten Reisedokumente.

(2) Jedes Besatzungsmitglied, das Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Reisedokumente ist, darf nach Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung vor der Einreise (Visum) durch das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei in folgenden Fällen durchreisen:

- zum Zweck seiner Heimschaffung,
- um sich auf sein Schiff oder auf ein anderes Schiff zu begeben oder
- aus einem anderen, von den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei als triftig anerkannten Grund.

(3) Die nach Absatz 2 erforderliche Aufenthaltsgenehmigung (Visum) ist in möglichst kurzer Zeit zu erteilen.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien gestatten einem Besatzungsmitglied, das im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei in ein Krankenhaus eingeliefert wird, den für die stationäre Behandlung erforderlichen Aufenthalt.

(5) Beide Vertragsparteien behalten sich das Recht vor, Personen, die unerwünscht sind, die Einreise in ihr Hoheitsgebiet zu verweigern, auch wenn diese Personen Inhaber eines der in Artikel 11 genannten Reisedokumente sind.

(6) Die Bediensteten der diplomatischen Missionen und der konsularischen Vertretungen einer Vertragspartei sowie der Kapitän und die Besatzungsmitglieder der Schiffe dieser Vertragspartei sind berechtigt, unter Beachtung der im Aufenthaltsland geltenden einschlägigen Gesetze und sonstigen Vorschriften miteinander in Verbindung zu treten und zusammenzutreffen.

(7) Vorbehaltlich der vorstehenden Bestimmungen bleiben die Regelungen der Vertragsparteien betreffend die Einreise, den Aufenthalt und die Ausreise von Ausländern unberührt.

Artikel 13

Vorkommnisse auf See

(1) Erleidet ein Schiff einer Vertragspartei in den Hoheitsgewässern der anderen Vertragspartei einen Schiffbruch oder eine Havarie, läuft es auf Grund oder gerät es in sonstiger Weise in

(2) Laevad, millel on ühe lepingupoole poolt ametlikult väljaantud mõõdukiri, on vabastatud uuest mõõdistamisest teise lepingupoole sadamates. Need dokumendid võetakse aluseks sadamaksu arvestamisel.

Artikkel 11

Laevapere liikmete reisidokumendid

(1) Kumbki lepingupool tunnustab teise lepingupoole kompetentsete ametkondade poolt väljaantud reisidokumente ning tagab nende omanikele artiklis 12 nimetatud õigused.

(2) Saksamaa Liitvabariigi puhul on reisidokumentideks reisspass või meremehe teenistusraamat ning Eesti Vabariigi puhul meremehe teenistusraamat või meresõidutunnistus koos kehtiva passiga.

Artikkel 12

Laevapere liikmete sissesõit, läbisõit ja maalviibimine

(1) Kumbki lepingupool lubab teise lepingupoole laeva laevapere liikmetel, kes omavad ühte artiklis 11 nimetatud reisidokumentidest, laeva viibimise ajal oma sadamates maale minna ning viibida sadama asukoha piirkonnas ilma sissesõidu eel antava ajutise elamisloata (viisata) ning kooskõlas asukohariigis kehtivate vastavate seadustega ja muude ettekirjutustega. Sellistel puhudel on vajalik

- Saksamaa Liitvabariigis maaleminekuluba
- Eesti Vabariigis artiklis 11 lõikes 2 nimetatud reisidokumendid.

(2) Iga laevapere liige, kes omab ühte artiklis 11 nimetatud reisidokumentidest, võib pärast sissesõidu eel antava ajutise elamisloa (viisa) väljaandmist reisida läbi teise lepingupoole territooriumi järgmistel juhtudel:

- kojutoimetamise eesmärgil,
- asumaks oma- või mõnele teisele laevale või
- muul, teise lepingupoole vastavate ametkondade poolt mõjuvaks tunnustatud põhjusel.

(3) Vastav ajutine elamisloa (viisa) tuleb välja anda võimalikult lühikese ajaga.

(4) Lepingupoole kompetentsed ametkonnad võimaldavad lepingupoole territooriumil haiglasse sattunud laevapere liikmel viibida maal statsionaarseks raviks vajaliku aja vältel.

(5) Lepingupoolel jätavad enesele õiguse keelduda oma territooriumile sissesõiduloo andmisest ebasoovitavatele isikutele ka siis, kui need isikud omavad ühte artiklis 11 nimetatud reisidokumentidest.

(6) Lepingupoole diplomaatiliste missioonide ja konsulaaresinduste teenistujatel ning selle lepingupoole laevade kaptenitel ja laevapere liikmetel on õigus, järgides asukohariigis kehtivaid seadusi ja muid ettekirjutusi, üksteisega ühendusse astuda ning kohutada.

(7) Välja arvatud ülalnimetatud sätted, jäävad lepingupoole poolt fikseeritud välismaalaste sissesõitu, maalviibimist ja väljasõitu käsitlevad sätted muutumatuks.

Artikkel 13

Õnnetusjuhtumid merel

(1) Kui ühe lepingupoole laev teeb teise lepingupoole territoriaalvetes läbi laevahuku või avari, jookseb karile või satub mingil muul viisil merehätta, tagavad teise lepingupoole ametkonnad

Seenot, so gewähren die Behörden dieser anderen Vertragspartei dem Kapitän, den Besatzungsmitgliedern, den Fahrgästen sowie dem Schiff und seiner Ladung den gleichen Schutz und Beistand wie Schiffen unter der eigenen Flagge. Die in Satz 1 genannten Vorkommnisse werden von den von jeder Vertragspartei gegenüber der anderen Vertragspartei zu bezeichnenden Behörden untersucht, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt, auf jeden Fall aber dann, wenn bei einem solchen Vorkommnis ein Fahrzeug gesunken oder aufgegeben worden ist oder jemand den Tod erlitten hat. Die Untersuchungsergebnisse werden von den zu bezeichnenden Behörden den Behörden der anderen Vertragspartei so schnell wie möglich übermittelt.

(2) Die Vertragsparteien sehen, falls ein Schiff einen Unfall oder eine Havarie erlitten hat, von der Erhebung von Einfuhrzöllen, Steuern und jeglichen anderen Abgaben, denen Ladung, Ausrüstung, Materialien, Vorräte und anderes Schiffszubehör unterliegen, ab, sofern diese Gegenstände im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei weder gebraucht noch verbraucht werden.

(3) Absatz 2 schließt die Anwendung der Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften der Vertragsparteien betreffend die vorübergehende Lagerung von Gütern nicht aus.

Artikel 14

Gemischter Seeschiffahrtsausschuß und Konsultationen

(1) Um die wirksame Anwendung dieses Abkommens zu gewährleisten, wird ein Gemischter Seeschiffahrtsausschuß gebildet, der aus den zuständigen Seeschiffahrtsbehörden und den von den Vertragsparteien benannten Sachverständigen besteht.

(2) Dieser Ausschuß behandelt Fragen von gemeinsamem Interesse, insbesondere Fragen im Zusammenhang mit

- den Tätigkeiten der Seeschiffahrtsunternehmen und der Schiffe der Vertragsparteien, die im Seeverkehr zwischen den Vertragsparteien beschäftigt sind, und insbesondere im Zusammenhang mit den Tätigkeiten, die sich aus der Anwendung des Übereinkommens über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen ergeben;
- der Beachtung sämtlicher Bedingungen für die ordnungsgemäße Abwicklung des Seeverkehrs durch die Seeschiffahrtsunternehmen jeder Vertragspartei;
- den zweiseitigen Konsultationen der Seeschiffahrtsunternehmen und der Seeschiffahrtsbehörden beider Vertragsparteien;
- der gütlichen Beilegung von Streitigkeiten einschließlic derer, die aus der Auslegung dieses Abkommens entstehen.

(3) Der Gemischte Seeschiffahrtsausschuß tritt auf Antrag einer der Vertragsparteien spätestens drei Monate nach Stellung dieses Antrags zusammen.

(4) Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Grundsätze des beiderseitigen Vorteils und der nichtdiskriminierenden Behandlung der Seeschiffahrtsunternehmen und Schiffe beider Vertragsparteien zu beachten.

Artikel 15

Technische Zusammenarbeit

Die Vertragsparteien ermutigen die Reeder und die mit der Seeschiffahrt verbundenen Institutionen beider Länder, alle möglichen Formen der Zusammenarbeit, insbesondere in technischen Fragen und in der Ausbildung von Fachleuten zu suchen und zu entwickeln.

Artikel 16

Inkrafttreten

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind. Als Tag des Inkrafttretens wird der Tag des Eingangs der letzten Notifikation angesehen.

kaptenile, laevapere liikmetele, reisijatele ja laevale ning tema lastile samasuguse kaitse ja abi kui oma lipu all sõitvatele laevadele. Lauses 1 nimetatud õnnetusjuhtumeid uurivad kummagi lepingupoole poolt teisele lepingupoolele teatavaks tehtud ametkonnad juhul, kui selleks on olemas riiklik huvitatus, igal juhul aga siis, kui sellise õnnetusjuhtumi ajal on laev uppunud, maha jäetud või kui keegi on surma saanud. Ülalnimetatud ametkonnad esitavad uurimistulemused võimalikult kiiresti teise lepingupoole ametkondadele.

(2) Juhul, kui laevaga on toimunud õnnetus või avari, loobuvad lepingupoole sissesõidutolli, maksude ja igasuguste muude maksete, mille alla kuuluvad last, varustus, materjalid, tagavarad ja muu laeva juurde kuuluv, sissenõudmisest, kuivõrd neid esemeid ei kasutata ega tarbita ära teise lepingupoole võimupiirkonnas.

(3) Lõige 2 ei välista lepingupoole seaduste ja muude õiguslike ettekirjutuste rakendamist kaupade ajutise ladustamise suhtes.

Artikkel 14

Meresõidu segakomisjon ja konsultatsioonid

(1) Tagamaks käesoleva lepingu mõjusat rakendamist, luuakse meresõidu segakomisjon, mis koosneb kompetentsetest mere- ja transpordiametkondadest ning lepingupoole poolt nimetatud spetsialistidest.

(2) Komisjon tegeleb ühist huvi pakkuvate küsimustega, eriti küsimustega, mis on seotud

- lepingupoole merelaevandusettevõtete ja laevade, mis tegelevad meresõiduga lepingupoole vahel, tegevusega ning eriti Liinikonverentside Käitumiskodeksi alase Konventsiooni rakendamisest tuleneva tegevusega;
- meresõidu korrapäraseks kulgemiseks vajalike tingimuste järgimisega lepingupoole merelaevandusettevõtete poolt;
- lepingupoole merelaevandusettevõtete ja meretranspordiametkondade kahepoolsete konsultatsioonidega;
- valdluste, sealhulgas käesoleva lepingu tõlgendamise tulenevate arusaamatuste sõbraliku lahendamise.

(3) Meresõidu segakomisjon tuleb ühe lepingupoole taotlusel kokku hiljemalt kolme kuu jooksul pärast vastava taotluse esitamist.

(4) Lepingupoole kohustuvad järgima vastastikuse kasu ning mõlema lepingupoole merelaevandusettevõtete ja laevade mitte-diskrimineerimise põhimõtteid.

Artikkel 15

Tehniline koostöö

Lepingupoole julgustavad mõlema riigi reedereid ning kaubandusliku meresõiduga tegelevaid institutsioone otsima ja arendama kõikvõimalikke koostöövorme, eriti tehniliste küsimuste ja spetsialistide väljaõppe alal.

Artikkel 16

Jõustumine

Käesolev kokkulepe jõustub alates päevast, mil lepingupoole on teineteisele teatanud, et lepingu jõustumiseks vajalikud siseriiklikud tingimused on täidetud. Jõustumise päevaks loetakse neist teadetest viimase laekumise päev.

Artikel 17**Geltungsdauer, Kündigung**

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Dieses Abkommen kann von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten durch Notifikation gekündigt werden.

Geschehen zu Tallinn am 20. Dezember 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher und estnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Artikkel 17**Kehtivusaeg ja tühistamine**

(1) Käesolev kokkulepe sõlmitakse määramata tähtajaks.

(2) Kumbki lepingupool võib tühistada käesoleva kokkuleppe sellest teisele lepingupoolele teatamise teel, pidades kinni kuuekuulisest etteteatamistähtajast.

Leping on sõlmitud Tallinnas 20. detsembril 1994 a. kahes eksemplaris, kumbki saksa ja eesti keeles, kusjuures mõlemad tekstid on võrdselt siduvad.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Saksamaa Liitvabariigi Valitsuse nimel
Henning von Wistinghausen

Für die Regierung der Republik Estland
Eesti Vabariigi Valitsuse nimel
Andi Meister

Denkschrift zum Abkommen

A. Allgemeine Bemerkungen

Das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Estland über die Seeschifffahrt ist am 20. Dezember 1994 in Tallinn unterzeichnet worden. Das Abkommen, das den rechtlichen Rahmen und die Grundlagen für die unternehmerische Zusammenarbeit der Reedereien beider Länder bildet, rundet die Schifffahrtsbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland im Baltischen Raum ab. Entsprechende Abkommen sind bereits mit Litauen und Lettland in Kraft. Das Abkommen beruht auf dem Prinzip der Nichtdiskriminierung und Gleichberechtigung der Schiffe im gegenseitigen Seeverkehr und gewährt Inländergleichbehandlung für die Benutzung der Häfen. Es regelt die Behandlung von Schifffahrtsunternehmen, Schiff, Kapitän, Besatzung, Fahrgästen und Gütern im jeweils anderen Vertragsstaat und enthält Bestimmungen über den Transfer von Frachteinnahmen. Des weiteren regelt es technische Fragen des Seeverkehrs zwischen beiden Ländern. Ein Gemischter Seeschifffahrtssauschuß, dem Vertreter beider Staaten angehören, soll die Durchführung des Abkommens überwachen und regelmäßig Fragen des zweiseitigen Seeverkehrs sowie allgemeine Fragen der internationalen Schifffahrt behandeln.

Das Abkommen wird impulsgebend für die regionale Zusammenarbeit im Ostseeraum sein. Im Lichte der Entwicklungen wird dieser Handels- und Wirtschaftsraum wieder die Bedeutung früherer Zeiten erlangen.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zu Artikel 1

Artikel 1 definiert die im Abkommen mehrfach verwandten Begriffe „zuständige Seeschifffahrtsbehörde“, „Schiff einer Vertragspartei“, „Seeschifffahrtsunternehmen einer Vertragspartei“ und „Besatzungsmitglied“.

Zu Artikel 2

Artikel 2 Abs. 1 verpflichtet die Vertragsparteien, die Entwicklung des Seeverkehrs zwischen ihren beiden Ländern zu fördern und sich jeglicher Handlungen, die ihrer normalen Entwicklung abträglich sind, zu enthalten.

Absatz 2 räumt den Schifffahrtsunternehmen beider Seiten das Recht auf Teilnahme am gegenseitigen Seeverkehr und am Seeverkehr nach Drittstaaten (Cross-Trade) ein.

Absatz 3 berechtigt Schifffahrtsunternehmen aus Drittländern sowie Schiffe unter der Flagge eines Drittstaats, sich an der Beförderung der im Rahmen des bilateralen Außenhandels der Vertragsparteien ausgetauschten Waren zu beteiligen. Dabei erhalten Schiffe, die von Seeschifffahrtsunternehmen der Vertragsparteien gechartert sind, dieselben Vergünstigungen, wie wenn sie die Flagge einer Vertragspartei führten.

Zu Artikel 3

Artikel 3 Abs. 1 stellt klar, daß das Abkommen Rechte und Verpflichtungen aus anderen internationalen Übereinkünften nicht berührt. Dies gilt insbesondere für Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus ihrer Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

Absatz 2 bestimmt, daß praktische Fragen, die sich aus der Durchführung des Übereinkommens vom 6. April 1974 über einen Verhaltenskodex für Linienkonferenzen ergeben, durch die Schifffahrtsunternehmen der betreffenden Linienkonferenzen zu regeln sind.

Absatz 3 verdeutlicht das Bestreben beider Vertragsparteien, die einschlägigen internationalen Übereinkünfte über Schiffsicherheit, über die sozialen Bedingungen der Seeleute und über den Meeresumweltschutz zu ratifizieren.

Zu Artikel 4

Artikel 4 verpflichtet die Vertragsparteien, im internationalen Seeverkehr diskriminierende Handlungen zu unterlassen, die die Seeschifffahrtsinteressen der anderen Vertragspartei benachteiligen oder die freie Auswahl der Seeschifffahrtsunternehmen entgegen dem Grundsatz des freien Wettbewerbs beeinträchtigen könnten.

Zu Artikel 5

Artikel 5 Abs. 1 räumt den Schiffen die Inländergleichbehandlung in den Häfen und Hoheitsgewässern der jeweils anderen Vertragspartei ein.

Absatz 2 dehnt das Prinzip der Gegenseitigkeit auf das Recht der Seeschifffahrtsunternehmen, im Hoheitsgebiet des Vertragspartners Agenturtätigkeiten auszuüben, aus.

Zu Artikel 6

Artikel 6 räumt das Recht zur freien Verwendung und zum freien Transfer der im Gebiet der anderen Vertragspartei erzielten Frachteinnahmen ein.

Zu Artikel 7

Artikel 7 zählt die Ausnahmen auf, die vom Regelungsbereich des Abkommens ausgeschlossen sind.

Zu Artikel 8

Absatz 1 regelt, daß die Schiffe einer Vertragspartei sowie deren Besatzungsmitglieder und Fahrgäste während ihres Aufenthalts in dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei deren einschlägigen Gesetze und Bestimmungen einzuhalten haben. Dies gilt auch für die Ladung.

Absatz 2 stellt klar, daß die Schiffe von Seeschifffahrtsunternehmen, solange sie sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei befinden, deren Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften über das Ein- und Auslaufen in ihr oder aus ihrem Hoheitsgebiet sowie über den Betrieb und die Führung solcher Schiffe unterliegen.

Absatz 3 verdeutlicht, daß Fahrgäste, Besatzungsmitglieder und Versender von Gütern, die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei geltenden Gesetze und sonstigen Vorschriften über Einreise, Aufenthalt und Ausreise der Fahrgäste und Besatzungen sowie Einfuhr, Ausfuhr und Lagerung von Gütern einzuhalten haben.

Zu Artikel 9

Artikel 9 beinhaltet die Verpflichtung der Vertragsparteien, Verzögerungen bei den Liegezeiten und in der Abfertigung

zu vermeiden, um so die Beförderung auf dem Seeweg zu erleichtern und zu fördern.

Zu Artikel 10

Absatz 1 und Absatz 2 Satz 1 regeln die gegenseitige Anerkennung der Schiffspapiere sowie des Schiffsmießbriefes. Bei Vorliegen des amtlich ausgestellten Meßbriefs sind die Schiffe von der Nachvermessung im Partnerstaat befreit. Absatz 2 Satz 2 bestimmt, daß bei der Berechnung der Hafengebühren, die in dem Schiffsmießbrief enthaltenen Angaben zugrunde zu legen sind.

Zu Artikel 11

Artikel 11 Abs. 1 regelt die gegenseitige Anerkennung der Reisedokumente und gesteht den Seeleuten der Vertragsparteien, die im Besitz eines ordnungsgemäß ausgestellten Reisedokumentes sind, die in Artikel 12 aufgeführten Rechte zu.

Absatz 2 definiert den Begriff Reisedokument.

Zu Artikel 12

Artikel 12 Abs. 1 und Abs. 2 regeln die Bedingungen im Hafenstaat für den Landgang, den Schiffswechsel und für die Heimreise der Besatzungsmitglieder.

Absatz 3 bestimmt, daß die nach Absatz 2 erforderliche Aufenthaltsgenehmigung (Visum) in möglichst kurzer Zeit zu erteilen ist.

Absatz 4 räumt erkrankten Besatzungsmitgliedern die Möglichkeit des Krankenhausaufenthaltes im Hafenstaat ein.

Nach Absatz 5 behalten sich die Vertragsparteien das Recht vor, unerwünschten Personen die Einreise zu verwehren.

Nach Absatz 6 sind die Bediensteten der diplomatischen Mission und der konsularischen Vertretungen einer Vertragspartei sowie der Kapitän und die Besatzungsmitglieder der Schiffe dieser Vertragspartei berechtigt, miteinander Kontakt aufzunehmen. Dabei sind die im Aufenthaltsland geltenden einschlägigen Gesetze und sonstigen Vorschriften zu beachten.

Absatz 7 stellt klar, daß vorbehaltlich der Bestimmungen in Abs. 1 bis Abs. 6 die Regelungen des Ausländerrechts ansonsten unberührt bleiben.

Zu Artikel 13

Artikel 13 verpflichtet die Vertragsparteien zur Hilfe, wenn Schiffe der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in Seenot oder andere Gefahren geraten. Ferner enthält er Bestimmungen über die fiskalische Behandlung der in Notfällen ausgeladenen Güter.

Zu Artikel 14

Absatz 1 regelt die Bildung eines Gemischten Seeschiffahrtssausschusses.

In Absatz 2 wird der von dem Ausschuß zu behandelnde Themenkreis umrissen.

Absatz 3 regelt die Modalitäten für das Zusammentreten des Gemischten Seeschiffahrtssausschusses.

Absatz 4 verpflichtet die Vertragsparteien, die Grundsätze des beiderseitigen Vorteils und der nichtdiskriminierenden Behandlung der Seeschiffahrtsunternehmen und Schiffe beider Vertragsparteien zu beachten.

Zu Artikel 15

In Artikel 15 werden die Reeder und die mit der Seeschiffahrt verbundenen Institutionen beider Länder durch die Vertragsparteien aufgefordert, alle möglichen fachlichen Beziehungen zu suchen und zu entwickeln.

Zu Artikel 16

Artikel 16 regelt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens.

Zu Artikel 17

Absatz 1 legt die Gültigkeit des Abkommens auf unbestimmte Zeit fest.

Absatz 2 sieht die Möglichkeit der schriftlichen Kündigung des Abkommens und das darauf folgende Außerkrafttreten vor.

22.09.95

Stellungnahme

des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 20. Dezember 1994 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Estland über die Seeschifffahrt

Der Bundesrat hat in seiner 688. Sitzung am 22. September 1995 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.